

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



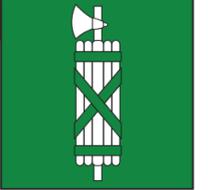
Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton St. Gallen 9-20

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sicherere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungrende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits-

und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Roland Rino
BÜCHEL

in den Ständerat



www.svp-sg.ch



**Haben Sie Fragen
zu den Wahlen?**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch**

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen im
Kanton St. Gallen Seite 9-20

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrfähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstim-mungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familien-nachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungs-knappheit, stei-

gende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsi-diert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländer-vorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländer-vorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

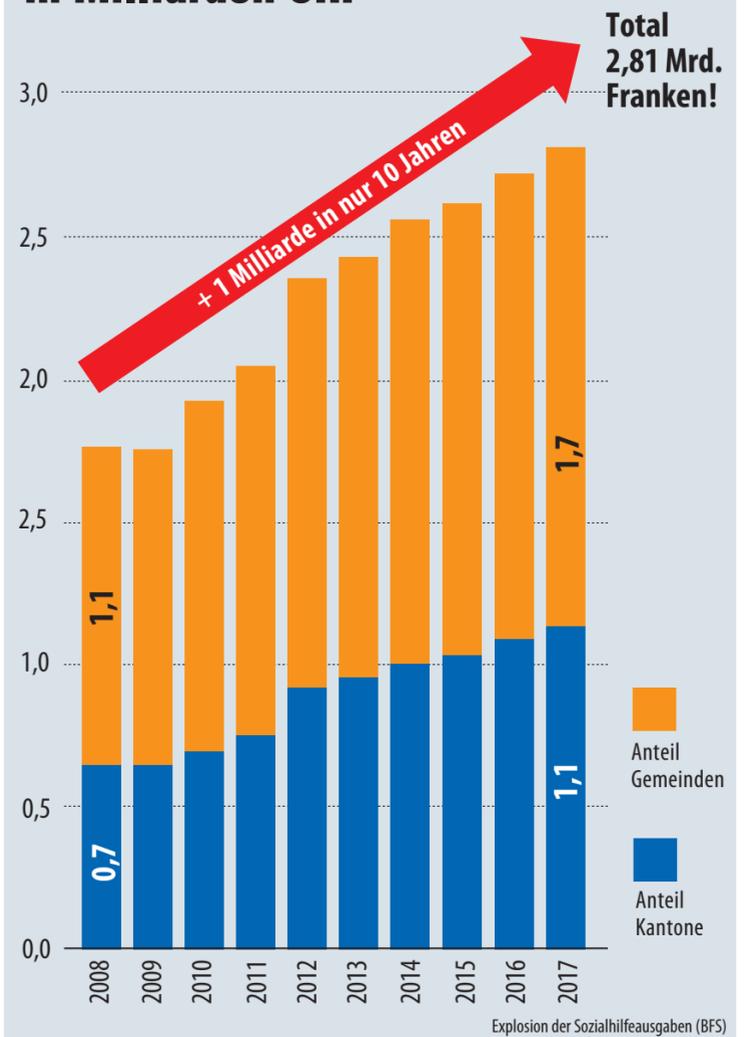
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

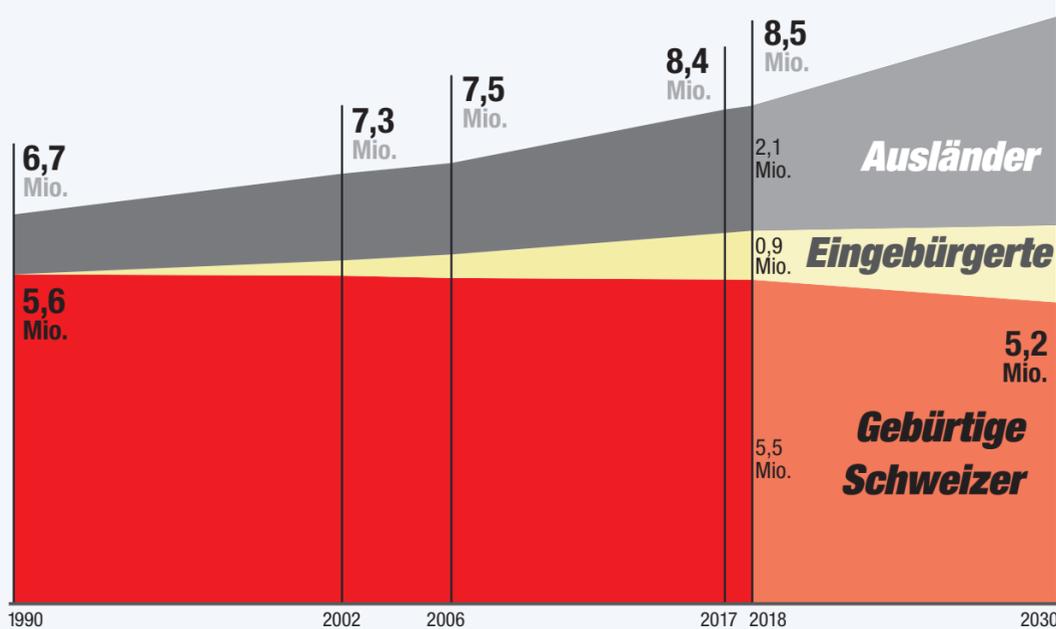
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

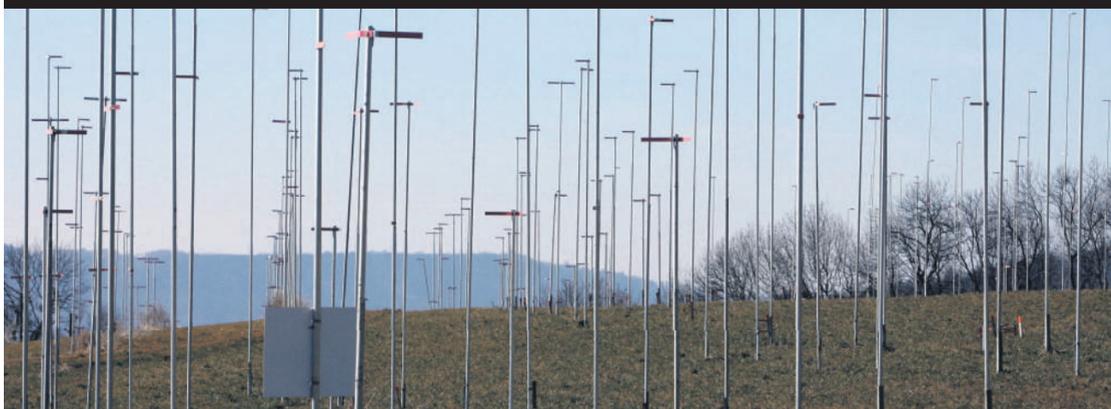
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
- rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
- SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
- «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
- Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes



Die 12 Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Hauptliste 1a stehen für eine freie und sichere Schweiz!

Liste 1a für den Kanton St. Gallen

Die SVP des Kantons St. Gallen setzt sich seit ihrem Bestehen für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Um dies auch in Zukunft gewährleisten zu können, ist die Unterstützung der SVP wichtiger denn je.



Toni Brunner, Ebnat-Kappel, alt Nationalrat, Wahlkampfleiter SVP Kanton St. Gallen

Die SVP als stärkste politische Kraft im Kanton St. Gallen stellt aktuell fünf von zwölf Nationalräten. Alle Bisherigen

treten erneut zu den Wahlen an und werden auf der Liste 1a verstärkt durch sieben Persönlichkeiten aus dem ganzen Kanton. Wir stellen sie alle in diesem Extrablatt vor.

Damit wir keine Sitze nach Links verlieren, sind wir auf die Unterstützung aller Kräfte angewiesen. Die SVP des Kantons St. Gallen hat neben ihrer Hauptliste 1a drei weitere Listen, sogenannte Ergänzungslisten, eingebracht. Es sind dies: Eine Unternehmerliste 1b, eine Seniorenliste Liste 1c sowie eine Landliste 1d. Wir wollen damit den vielfältigen Anliegen unserer Wählerinnen und Wähler entgegenkommen. Denn sowohl die Selbstständigen, die mit ihren Unternehmen Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernehmen, wie auch die Se-

nieren und der ländliche Raum brauchen starke Vertreterinnen und Vertreter in Bern.

Die SVP-Hauptliste 1a, die SVP-Unternehmerliste 1b, die SVP-Seniorenliste 1c sowie die SVP-Landliste 1d sind miteinander verbunden. Zudem sind wir eine Listenverbindung mit der EDU (Eidgenössisch Demokratische Union, Liste Nr. 9) eingegangen. Verwenden Sie bei den Wahlen nur EINEN Stimmzettel, nehmen Sie also Liste 1a oder eine andere Liste innerhalb der Listenverbindung. Mehrere Stimmzettel abzugeben geht nicht, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig.

Wie wählen?

Sind Sie ein wenig unsicher beim Wählen? Legen Sie Liste 1a unverändert

ins kleine Couvert. Wichtig: Nur EINE Liste nehmen, nicht mehrere, ansonsten ist der Stimmzettel ungültig. Kreuzen Sie auf dem Ständeratzettel nur den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Roland Rino Büchel an und legen Sie diesen Stimmzettel ebenfalls ins kleine Couvert. Bei brieflicher Stimmabgabe müssen Sie den Stimmrechtsausweis persönlich unterschreiben. Danach legen Sie den Stimmrechtsausweis (Achtung: Gemeindehaus-Adresse muss im Couvert-Fenster sichtbar sein, da der Brief ja auf die Gemeinde muss) sowie das kleine verschlossene Couvert ins grosse Couvert und verschliessen dieses.

Sind Sie sicher beim Wählen? Dann können Sie selbstverständlich anstatt Liste 1a auch entweder Liste 1b oder

Liste 1c oder Liste 1d wählen. Wichtig ist einfach, dass Sie nur EINE Liste ins kleine Couvert legen. Wenn Sie den leeren Stimmzettel nehmen, vergessen Sie nicht, zuerst oben Liste 1a einzufügen, bevor Sie die Namen aller bevorzugten Kandidatinnen und Kandidaten der Listen 1a, 1b, 1c oder 1d zusammentragen. Sie können eine Person auch zweimal wählen, mehr als zwölf Linien gibt es aber nicht. Leere Linien sind Parteistimmen für die SVP, wenn Sie oben Liste 1a eingetragen haben.

Wer SVP wählt, will, dass unsere Schweiz Schweiz bleibt. Gehen wir alle an die Urne, bevor es zu spät ist. Danke für Ihre Stimme für die SVP Liste 1a. Es ist Ihre Stimme für eine freie Schweiz!

Nur mit Roland Rino Büchel im Ständerat bindet sich die Schweiz nicht der EU an

Die Spitzen der anderen Parteien arbeiten nach wie vor auf einen EU-Beitritt hin. Nur: Aus Angst vor dem Volk wollen sie dem Rahmenabkommen und der Kohäsionsmilliarde erst nach den Wahlen zustimmen.

Der Inhalt des EU-Rahmenabkommens ist bekannt. Mit Druck und Diskriminierungen will uns die EU zur Unterzeichnung zwingen. Sollte die Schweiz nachgeben, so würde dies unser Land und unsere Institutionen erschüttern. Am Regiepult nähmen dann Brüssels Bürokraten Platz. Und unser Volk, die Kantone und das Parlament? Sie würden weitgehend zu Statisten degradiert.

SP? EU-Beitritt ist das Ziel

Mit ihrem vordergründigen und pseudokritischen Geplänkel zum vorliegenden Vertrag will die SP die Gewerkschaften beim Thema Lohnschutz bei Laune halten. Schaut man etwas genauer hin, so ist der Fall schnell klar: Die Eliten der Partei wollen in die EU; das Rahmenabkommen ist für sie ein wichtiger Schritt dazu. Meine Meinung? Es ist ein Schritt in die grundfalsche Richtung.

FDP? Eliten entfernen sich von der Basis

Noch 2014 verteuflte der damalige Parteipräsident Philipp Müller das Abkommen. Es sei derart schlecht, dass man anstatt des geplanten Vertrags «gleich der EU beitreten» könne. Das wolle die FDP sicher nicht. Und heute, fünf Jahre später? Die FDP-Bun-

deshausfraktion hat sich im März dieses Jahres klar dafür ausgesprochen. Die Exponenten der vermeintlichen Wirtschaftspartei finden es offenbar «vernünftig», unseren Föderalismus, die direkte Demokratie sowie unseren Wirtschafts- und Finanzplatz zu zerlegen. Eines gilt auch für sie: Die Unterschrift muss bis nach den Wahlen

warten. Bis dahin gibt man sich wortkarg und bedeckt. Was aber höre ich, wenn ich mit den Menschen von der FDP-Basis rede? Sie stellen sich die Frage, ob man mit dem Ja zum Rahmenvertrag nicht den gleichen Fehler begehen würde wie bei einem (zum Glück abgelehnten) Beitritt zum EWR vor 27 Jahren. Meine Antwort? Genau so ist es.

CVP? Eingeknickt

Noch vor wenigen Monaten gingen namhafte CVP-Parlamentarier auf die Barrikaden. Warum? Man dürfe der EU keinesfalls die Kohäsionsmilliarde zahlen, solange Brüssel die Schweiz diskriminiere. Anfangs August wurde dem Bundesrat abermals vorgeworfen, er setze sich nicht konsequent für sein Volk ein. Die Kohäsionsmilliarde gehöre in der Herbstsession versenkt. Heute ist das alles Schall und Rauch.

Die Allianz von CVP, FDP und SP haben das Geschäft kurzerhand auf nach den Wahlen verschoben. Sie mögen jetzt noch anderes beteuern, doch für mich bestehen keine Zweifel: Sie alle wollen der EU eine Milliarde und 300 Millionen Franken zahlen. Zudem nehmen die Taktgeber der Mitte- und Linksparteien mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens die Selbstaufgabe der Schweiz in Kauf. Schlimm, dass diese Leute nicht einmal den Mut haben, offen dazu zu stehen. Deren durchsichtige Taktik? Möglichst jede Diskussion über die geplante Anbindung an die EU vermeiden.

Ich bin klar gegen das vorliegende Rahmenabkommen. Unehrlische Politik ist mir zuwider.

Roland Rino Büchel, Oberriet Ständeratskandidat, Nationalrat, Sportmanager



Roland Rino Büchel vertritt den Kanton St. Gallen seit dem Jahr 2010 im Nationalrat. Wählen Sie ihn am 20. Oktober 2019 in den Ständerat.

FREI UND SICHER

für die Schweiz und den Kanton St. Gallen

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben. Sie haben uns Wohlstand, Frieden, Sicherheit und Freiheit gebracht. Wir verteidigen diese Grundpfeiler. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

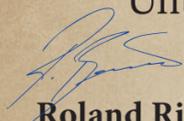
Im Bundesbrief, zu Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes, keine fremden Richter anzuerkennen. Sie wollten frei und selbstbestimmt sein.

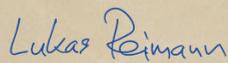
Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst.

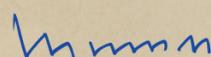
In dieser Tradition versprechen die Vertreterinnen und Vertreter der SVP gegenüber der Bevölkerung des Kantons St. Gallen:

Wir wollen

- keine Anbindung der Schweiz an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir die Politik in der Schweiz, im Kanton St. Gallen und in unseren Gemeinden weiterhin selber bestimmen können;
- die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
- kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
- tiefe Steuern und Gebühren für alle, damit mehr zum Leben bleibt;
- keine neuen Gesetze, Verbote und Regulierungen, welche die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger einschränken und umerziehen;
- gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe, damit unsere Unternehmen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen können.

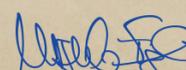

Roland Rino Büchel
 Ständeratskandidat, Nationalrat


Lukas Reimann
 Nationalrat


Thomas Müller
 Nationalrat

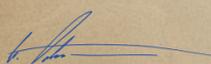

Barbara Keller-Inhelder
 Nationalrätin


Mike Egger
 Nationalrat


Ursula Egli
 Nationalratskandidatin


Walter Freund
 Nationalratskandidat


Esther Friedli
 Nationalratskandidatin


Walter Gartmann
 Nationalratskandidat


Michael Götte
 Nationalratskandidat


Donat Kuratli
 Nationalratskandidat


Dänu Wisler
 Nationalratskandidat



Neues Asyl- und Migrationskonzept!



Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona Nationalrätin, Mitglied Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats

Gemäss UNHCR waren schon 2015 über 50 Millionen Personen auf der Flucht, bzw. auf der Suche nach besse-

Mein Vorstoss für die Entwicklung eines vollkommen neuen Asylkonzepts stiess unter Bundesrätin Sommaruga noch auf wenig Euphorie. In der Herbstsession werde ich einen weiteren Vorstoss dazu einreichen, der unter Bundesrätin Karin Keller-Sutter bessere Chancen haben wird.

ren Verhältnissen. Die Situation hat sich seither nicht verbessert, das mafiös organisierte und brutale Geschäft gedeiht, Schlepper verlangen horrenden Preise, welche immer öfter auch mittels Kredit bezahlt werden können, NGOs betätigen sich unter Beifall der Medien als Fährdienst und damit als Gehilfen der hoch kriminellen Schlepperbanden, und schliesslich bezahlen wir dann mit unseren Sozialgeldern die Schlepper-Kredite zurück.

Kein Ende der Migration absehbar

Der Prozess verläuft in Wellen, hört aber nicht mehr auf, denn es sind Millionen von Migrationswilligen bereit für den Aufbruch nach Europa. Der Familiennachzug macht sich auf den

Weg, es folgen Braut oder Bräutigam aus den Herkunftsländern und nochmals erweiterter Familiennachzug eben dieser Brautleute. Die Allermeisten entsprechen nicht ansatzweise den hochgeschraubten Anforderungen für unsere Arbeitsstellen und landen direkt in unserem Sozialsystem. So lange dreht sich die Spirale weiter, bis unsere sozialen Institutionen unter der Last kollabieren.

Neues Asyl- und Migrationskonzept: Mein Vorstoss

Ohne Ursachenbekämpfung verhandelt Europa derweil „Verteilschlüssel“, an welche sich die Migranten nie halten werden. Sie wissen genau, wo sie hinwollen und wo nicht.

Tatsache ist: Mit den Milliarden der Asylbudgets könnten wir selbsttragende Städte aufbauen, in sicheren Drittstaaten, nahe den Herkunftsregionen der Flüchtlingsströme. Es könnten Ärzte, Zahnärzte, Lehrer, Bauarbeiter und alle Arten von Handwerkern engagiert werden, aus den Gastländern und aus den Flüchtlingen und Migranten selbst. Mit dem Betrag, den wir in der Schweiz für eine einzige Zahnbehandlung benötigen, könnte man in den Herkunftsregionen teilweise mehrere Monatslöhne von einheimischen Zahnärzten finanzieren. Anstatt bei uns Schweizerdeutsch zu lernen, könnten Flüchtlinge und Migranten, welche über keine Ausbildung verfügen, vor Ort ein sinnvolles Handwerk, einen sinnvollen Beruf erlernen. Da-

mit könnten sie in der Flüchtlingsstadt ihren Beitrag leisten und dort und später in ihrem Herkunftsland eine selbstbestimmte Existenz aufbauen.

Die Gaststaaten würden von unseren Milliarden erheblich profitieren. Es könnten Arbeitsplätze geschaffen werden und es würde viel Geld in die Gastländer fliessen. Auch die über 3 Milliarden Franken an Entwicklungshilfe, welche die Schweiz jedes Jahr verteilt, könnten ins Projekt einbezogen werden. Entwicklungshelfer könnten Menschen anleiten und ausbilden. Fürchterliche Zeltlager und NGOs, welche sich als Fährdienst betätigen und damit das mafiös organisierte Schlepperwesen unterstützen, sollten keine Zukunft mehr haben.

Agrarpolitik mit Perspektiven für die Bäuerinnen und Bauern

Unsere einzigartige Landschaft der Schweiz ist vielfältig und wird durch die Nahrungsmittelproduktion gestaltet. Die Landwirtschaft hat eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft inne.



Die SVP-Landwirtschaftspolitiker organisieren jedes Jahr am letzten Sonntag im Juli einen Buuresuntig in der Dergeten Laad in Nesslau.

Die Schweizer Landschaft ist durch ihre Topografie vom Tal bis in die hohen Berge eine einzigartige Kulturlandschaft. Die Pflege der Landschaft basiert auf einer produzierenden Landwirtschaft, die von Familienbetrieben erwirtschaftet wird. Die Bewirtschaftung trägt massgeblich zur Erhaltung des Landschaftsbildes bei. Viele Produkte aus diesen Landschaft-

ten werden regional produziert und regional den Konsumenten angeboten.

Durch die bisherige nationale Agrarpolitik, die unsicheren Märkte und die starken Einflüsse von Raumplanung und Umweltschutzgesetzgebung hat sich die schweizerische Landwirtschaft in den vergangenen zwei Jahr-

zehnten stark verändert. Die Bäuerinnen und Bauern sind sehr innovativ und richten ihre Betriebe auf die Bedürfnisse der Konsumenten und der Gesellschaft aus. Trotzdem sinkt die Wertschöpfung in den Betrieben.

Unser Handwerk, unsere Leidenschaft und unser Herzblut schlägt für die Nahrungsmittelproduktion – für Milch, Fleisch, Gemüse usw.

Die Agrarpolitik 2022+ ist so auszurichten, dass die Direktzahlungen künftig die Produktion gegenüber der Ökologie wieder aufgewertet wird. Ich stehe ein für die produzierenden und bäuerlichen Familienbetriebe und will freie Bauern, die unternehmerisch wirken können und nicht ständig durch neue Reglementierungen, mehr Bürokratie und Kontrollen belastet werden.

Die Bedeutung der Schweizer Nahrungsmittel muss für die Bauern wie-

der in den Vordergrund gesetzt werden, und die Schweizer Landwirtschaft braucht längerfristige Perspektiven. Dazu benötigen die Bauern genügend Produktionsflächen.

Anreizsysteme sollen geschaffen werden, damit die ganze Wertschöpfungskette vom Boden bis auf dem Teller gestärkt werden kann.

Die Kritik an der Landwirtschaft ist schon Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte alt. Sie spornt die Bäuerinnen und Bauern an. Sie wollen mit ihrem breiten Fachwissen neue Produktionsmethoden anwenden und die Ressourcen Wasser, Luft und Erde mit der nötigen Sorgfalt schützen. Die Bauern wissen, dass ohne einen schonenden Umgang mit der Umwelt keine langfristige Produktion von Nahrungsmitteln möglich ist. Die Fruchtbarkeit der Böden in der Schweiz ist sehr gut und darf nicht vermindert werden.



Walter Freund, Eichberg Nationalratskandidat, Landwirt

Erfolgsmodell Milizsystem in Gefahr

Die sicheren und stabilen Verhältnisse in der Schweiz sind ein Erfolg unseres bewährten Milizsystems. Das Milizsystem der Schweiz ist aber akut gefährdet, wenn es uns nicht mehr gelingt, genügend Nachwuchs für unsere Sicherheitsorgane zu rekrutieren.

Das Milizsystem in Armee und Feuerwehr hat unserem Land gute Dienste erwiesen. In den letzten Jahren wird unser Milizsystem jedoch oft hinterfragt und bewusst schlechtergredet. Ist es überhaupt noch zeitgemäss, an diesem System festzuhalten? Aus meiner Sicht ganz klar JA! Aber wir müssen uns überlegen, ob wir die Rekrutierungsprozesse und Abläufe verbessern können.

Milizsystem sorgt für Sicherheit

Die Armee wird durch den fehlenden Nachwuchs geschwächt. Heute ist es beispielsweise viel zu einfach, in den Zivildienst zu wechseln, wenn einem die Armee gerade zu unbequem ist. Dieser Missstand muss möglichst

rasch korrigiert werden! Zahlreiche Organisationen wie Feuerwehr, Polizeidienst oder Samaritervereine haben heute regelmässig Probleme, Nachwuchs zu generieren. Alle Organisationen, welche auf dem Milizsystem basieren, tragen zur Sicherheit der Bevölkerung und der Schweiz bei. Diesen Organisationen müssen wir es ermöglichen, weiterhin ihre Dienste zugunsten der Schweizer Bevölkerung verrichten zu können.

Rekrutierungsprozess optimieren

Wir müssen Wege finden, die Rekrutierungsprozesse zu verbessern. Es gilt, die Armeebestände zu sichern und die Feuerwehren ausreichend zu bestücken. Dabei haben Frauen viel

Potential! Frauen können stärker ins Milizsystem eingebunden werden. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass Frauen, die zu Hause die Kinder erziehen, bereits enorm zu den stabilen Verhältnissen in der Schweiz beitragen.

Die Rekrutierung muss wieder zu einem festen Bestandteil im Leben von jungen Schweizerinnen und Schweizern werden. Bei der Rekrutierung muss sich eine Bürgerin oder ein Bürger bewusst für den Dienst an der Gesellschaft entscheiden, sei es in Feuerwehr, Armee, Zivildienst, Zivildienst oder weiteren Tätigkeiten. Einmal entschieden, muss der Austritt aus dieser Verpflichtung mit Hürden verbunden sein. Das klingt einfach, ist je-

doch in der Praxis durchaus kompliziert. Aus meiner Sicht wäre dies aber ein möglicher Ansatz, um zu korrigieren, was in den letzten Jahren verschlafen oder bewusst ausgehebelt worden ist.

Wir brauchen ein funktionierendes Milizsystem. Dafür muss jede Schweizerin und jeder Schweizer einen Beitrag leisten, denn Sicherheit gibt es nicht umsonst. Die SVP setzt sich wie keine andere Partei für eine sichere Schweiz und ein starkes Milizsystem ein. Wählen Sie darum am 20. Oktober 2019 für eine freie und sichere Schweiz die SVP.



Donat Kuratli, St. Gallen Nationalratskandidat, Offizier der Schweizer Armee, Kommandant Milizfeuerwehrkompanie

Milliardengeschäft Asylindustrie – von «Cüpli-Politikern» ermöglicht

Die Schweiz nimmt seit langer Zeit Menschen auf, die in ihren Heimatländern verfolgt und an Leib und Leben bedroht sind. Das ist eine lange Tradition, die nicht viele Länder auf dieser Erde vorweisen können. Mittlerweile kommen Menschen in die Schweiz, die in den wenigsten Fällen an Leib und Leben bedroht sind. Nebst der unsäglichen Ausnutzung unserer humanitären Tradition leiden die wirklich Bedürftigen, welche es sich gar nicht leisten können, mit den Schlepperbanden gerettet zu werden.

Dass sich unser Asylwesen zu einer Industriemaschinerie mit Milliardenumsätzen, natürlich ohne einheimische Wertschöpfung und ohne Nachhaltigkeit, gemausert hat, verdanken wir vor allem der Politik. Immer mehr Cüplipolitiker reden nicht mehr Klartext und handeln meist nur noch in ihrem Eigeninteresse. Es sind sogenannte «Wiederwahlpolitiker», die am liebsten nur das sagen und tun,

was die gerade anwesenden Personen hören wollen. Nicht die Scheinasylannten sind schuld, wenn wir unser System so ausrichten, dass es nicht funktioniert. Würden alle Politiker sich an unsere Werte halten und auch nach den Wahlen so politisieren, wie sie es in ihren Kampagnen versprochen haben, würden wir heute dieses Thema im Griff haben.

Auch die Argumentation, dass ja aktuell wieder weniger einreisen, ist eine typische Falschinformation. Denn praktisch alle Flüchtlinge, die hier sind, bleiben und belasten nicht nur die Flüchtlingskasse, sondern auch unsere Sozialwerke und Krankenkassen nachhaltig und massiv. Da die Einreisenden in vielen Fällen nicht kooperativ sind, da sie, mit wenig beruflichen oder schulischen Fähigkeiten

ausgerüstet, fast unmöglich in unseren Arbeitsprozess zu integrieren sind, bleibt es bei teuren Integrationsprogrammen, die durch den Steuerzahler finanziert werden und sehr wenig bringen. Übel kann es einem werden, wenn man bedenkt, dass einige dieser Personen ein Leben lang von unseren Sozialwerken leben und nie einen Franken in diese Werke einbezahlen werden. Das ist ein langfristiges, fi-

nanzielles Fiasko.

Wir müssen unseren Nachkommen eine gesunde Schweiz hinterlassen. Darum gibt es für mich nur eine restriktive und auf wirklich hilfsbedürftige Personen ausgerichtete Asylpolitik.

Walter Gartmann, Mels
Nationalratskandidat, Elektrounternehmer,
Kantonalpräsident SVP St. Gallen



Michael Götte, Tübach
Nationalratskandidat, Gemeindepräsident Tübach und Fraktionspräsident der SVP im Kantonsrat

Die Wirtschaft braucht eine zeitgerechte Bildungspolitik

Als Wirtschaftsstandort muss sich die Ostschweiz am nationalen und internationalen Umfeld messen. Arbeitsplätze entstehen nur mit attraktiven wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine wettbewerbs- und wachstumsorientierte Steuerpolitik, unternehmerische Freiheit, weniger Bürokratie und vor allem eine zeitgerechte Bildungspolitik auf allen Schulstufen.

Die Ostschweiz muss in Bern vermehrt gemeinsam auftreten, um unseren Anliegen das nötige Gehör und dem Wirtschaftsraum Ostschweiz die nötige Beachtung zu verschaffen. Die Bildung ist dabei ein ganz wesentlicher Aspekt. Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz. Angesichts des

raschen Wandels in der Arbeitswelt ist es entscheidend, dass sich unsere Bildungspolitik auf allen Stufen an den

Fachschulen mit derselben Konsequenz fördern wie die Hochschulen. Dazu gehört die Weiterentwicklung

«Die Ostschweiz muss in Bern vermehrt gemeinsam auftreten.»

veränderten Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft orientiert.

Als Absolvent einer Berufslehre setze ich mich speziell für die duale Berufsbildung ein. Die duale Berufsbildung ist das Erfolgsmodell der Schweiz. Dies gilt ganz besonders für die durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägte Ostschweizer Wirtschaft. Entscheidend ist, dass wir in Bundesbern die Berufslehre und die höheren

der Berufsbilder. Dies gilt insbesondere für die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen. Im Fokus muss dabei der Praxisbezug und damit der Lehrbetrieb stehen. Es ist Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass bei der Weiterentwicklung der Berufsbildung die Stellung der Lehrbetriebe gestärkt und diese in ihren Ausbildungsleistungen unterstützt werden.

Steigende Krankenkassenprämien: Unerträglich für den Schweizer Mittelstand

Die Gesundheitskosten sind eine der Hauptsorgen der Bevölkerung, besonders die steigenden Krankenkassenprämien. Viele Handwerker und Angestellte, darunter auch ich, haben immer mehr Mühe, die steigenden Prämien für ihre Familien zu finanzieren. Die Schwierigkeit besteht darin, die Kosten im Gesundheitswesen zu senken, ohne die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung zu gefährden.

Die Krankenkassenprämien haben sich seit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1996 mehr als verdoppelt. Damals musste für die Grundversicherung durchschnittlich CHF 173.10 bezahlt werden. Im Jahr 2014 ist für die gleiche Grundversicherung CHF 396.10 zu entrichten. Die Zahlen stammen vom Bundesamt für Gesundheit und stellen die sogenannten Standardprämien dar.

Somit darf man seit Einführung des KVG von einer regelrechten Kostenexplosion sprechen. Zwar stiegen die Prämien für das Jahr 2019 nur um 1.2% an, Experten gehen aber davon aus, dass im nächsten Jahr der Kostenanstieg deutlich höher ausfallen dürfte. Hauptgrund ist die Demografie. Eine immer kleinere Gruppe von Erwerbstätigen muss die Prämien für eine immer grösser werdende Gruppe von Leuten finanzieren. Darunter sind

nicht nur ältere und kranke Menschen, sondern auch solche, die selbst nie einen Rappen Prämien bezahlt haben.

«Um die Herausforderung bezüglich steigenden Krankenkassenprämien zu lösen braucht es neue, innovative Ideen sowie unabhängige Politiker in Bern.»

Dass der Mittelstand immer mehr Mühe hat, die Prämien zu finanzieren, zeigt der Blick auf die Entwicklung der Löhne. Die Nominallöhne sind zwischen 1996 und 2013 um 22.67% angestiegen. Die Prämien sind im gleichen Zeitraum um über 128% angestiegen – was zeigt, wie gross mittlerweile der Graben geworden ist.

Um diese Last für die Bevölkerung zu lindern, ist es wichtig, endlich wirksame Massnahmen zu treffen. Ich beab-

sichtige, folgende Massnahmen auf der Bundesebene genauer zu prüfen:

- Der Einfluss von Lobbyisten für Krankenkassen, Ärzte und für die

- Pharmaindustrie soll in Bern reduziert werden.

- Die Medikamentenpreise müssen für die Schweiz mit der Pharmaindustrie besser verhandelt werden.

- Die Werbung für Krankenkassen sollen beschränkt oder ganz untersagt werden.

- Die Löhne der Krankenkassen-CEOs sollen gedeckelt werden.

- Das Bonussystem für Krankenkassenverkäufer soll überdacht oder transparenter ausgestaltet werden müssen.

- Bei der Entschädigung von Spitalärzten sollen unnötige Eingriffe durch fixe Löhne vermieden und die Umsatzbeteiligungen nach Zahl der ausgeführten Operationen untersagt werden. Die Digitalisierung soll auch im Gesundheitssektor für die Reduktion der Kosten eingesetzt werden, beispielsweise durch das elektronische Patientendossier.

Um die Herausforderung bezüglich steigender Krankenkassenprämien zu lösen, braucht es neue innovative Ideen, sowie unabhängige Politiker in Bern, welche nicht nur die Interessengruppen des Gesundheitswesens vertreten, sondern die Anliegen der Schweizer Bevölkerung!



Mike Egger, Berneck
Nationalrat

Stopp den steigenden Kosten im Sozial- und Gesundheitswesen

In den vergangenen Jahren sind die Ausgaben im Sozialbereich und im Gesundheitswesen wiederum in die Höhe gegangen. Ein Ende der Kosten ist nicht absehbar, dringend besteht Bedarf für wirksame Massnahmen.

Während in der Landwirtschaft und im Militär die Ausgaben des Bundes in den letzten Jahren stabil oder eher rückläufig waren, sind diese im Bereich Soziales und Gesundheit um jährlich durchschnittlich 3,3 % gestiegen. (Die Ausgaben für Sozialleistungen in der Schweiz beliefen sich 2017 auf 175 Milliarden Franken oder 20'700 Franken pro Kopf.)

Eines der grössten Probleme im Sozialbereich ist die langfristige Finanzierung der Sozialwerke. Die Massnahmen, die an der Volksabstimmung zur AHV-Reform vom Mai 2019 beschlossen wurden, sind ein Tropfen auf den heissen Stein und mildern nur kurzfristig das strukturelle Defizit.

Während 1970 fünf Erwerbstätige für einen AHV-Bezüger einbezahlt haben, ist das Verhältnis heute drei zu eins und wird als Folge des demographischen Wandels weiter abnehmen. Wirksame Sanierungsmassnahmen müssen deshalb dringend eingeleitet werden, und zwar ohne zusätzliche Steuern und Abgaben.

Es muss gelingen, auch hier durch mehr Eigenverantwortung eine nachhaltige Finanzierung in die Wege zu leiten, sei es vorerst der Angleichung des Rentenalters für Mann und Frau, des Weiteren mit einer Erhöhung des Rentenalters und/oder einer grösseren Flexibilisierung des Rentenbezuges. Auch eine teilweise Umlagerung von

Asyl- und Entwicklungsgelder in den AHV-Fonds muss möglich sein, denn bei aller internationaler Solidarität dürfen die Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung nicht vernachlässigt werden.

Auch beim überregulierten Gesundheitsbereich liegt vieles im Argen. Um es auf den Punkt zu bringen: Unser Gesundheitswesen krankt an einer Kostenexplosion und es wird zu wenig dagegen unternommen, obwohl die stetig steigenden Krankenkassenkosten die Haushaltbudgets immer mehr belasten. Es kann nicht sein, dass die Kantone ihr Budget für die individuel-

cke. Leider löst auch im Gesundheitswesen die Bürokratie eine immer grösser werdende Kostenfolge aus. Um zum Beispiel die Stellen im BAG zu rechtfertigen, werden ständig sehr kreativ neue Gesetze und Regulierungen eingeführt. Des Weiteren ist ein Abbau von Bürokratie in allen Bereichen dringend notwendig. Leider hat auch in den Pflegeberufen die Akademisierung in grossen Schritten Einzug gehalten. Es ist fraglich, ob damit eine höhere Pflegequalität erreicht wird, auf alle Fälle sollte jedoch die praxisorientierte Pflegeausbildung gestärkt werden.

«Um es auf den Punkt zu bringen: Unser Gesundheitswesen krankt an einer Kostenexplosion, und es wird zu wenig dagegen unternommen, obwohl die stetig steigenden Krankenkassenkosten die Haushaltbudgets immer mehr belasten.»

le Prämienverbilligung ständig nach oben anpassen müssen, damit für die Bürger die Krankenkasse finanziell tragbar wird. Es müssen dringend Massnahmen in die Wege geleitet werden, denn der ausufernde Leistungskatalog, der bald jedes Gesundheitsrisiko und individuelle Bedürfnis abdeckt, führt langfristig zu einer Vollkaskotalität. Auch hier bleibt die Eigenverantwortung auf der Stre-

Das Sozial- und Gesundheitswesen sind zwei Politik-Bereiche, welche im Sorgenbarometer der Bevölkerung ganz oben stehen. Darum ist es höchste Zeit, dass das Parlament ernsthaft versucht, praktikable Lösungen zu finden, gemäss den von mir skizzierten Vorschlägen.

*Ursula Egli-Seliner, Rossrüti
Nationalratskandidatin, Bäuerin*

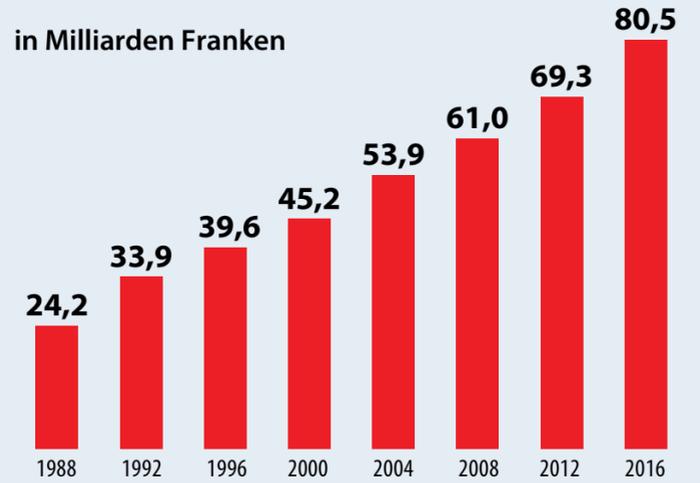


Gesundheitskosten laufen aus dem Ruder

Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP

8,8 9,4 9,7 9,8 11,0 10,2 11,1 12,2

in Milliarden Franken



Achtung Abzocke! Mit Mitte-Links wird's richtig teuer

Die UREK des Ständerates will mit dem CO₂-Gesetz eine Treibstoffabgabe von 12 Rappen. Alles Angedachte zusammen ergibt einen Benzinpreis von Fr. 2.40 pro Liter.

Grün-Links wird mit 12 Rappen nicht einverstanden sein und nach dem Vorbild der heutigen Brennstoffabgabe eine neue Abgabe auf Benzin von 25 Rappen fordern, für Diesel etwas mehr. Unter dem Titel CO₂-Kompensation will der Bundesrat zusätzlich 10 Rappen. Und bereits geplant sind für die Finanzierung des Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds weitere 8.6 Rappen. Gibt total 43.6 Rappen, gegen oben offen. Nach den medialen Auftritten der Mitteparteien in diesem Wahl-Sommer werden sie die Forderungen von Grün-Links mehrheitlich unterstützen.

Gleichzeitig wird sich der Treibstoffverbrauch weiter reduzieren: weil die neuen Autos weniger verbrauchen und weil höhere Preise in der Schweiz den Tanktourismus ins Ausland fördern. Dazu kommt die steigende Zahl von Elektroautos. Rund 900 Millionen Franken der Mineralölsteuer – heutige Abgabe – verwendet der Bund pro Jahr zur Finanzierung von Eisenbahn-

sowie Agglomerations- und Strassenprojekten. Fehlt dieses Geld, kann entweder weniger in die Infrastruktur investiert werden oder auch die Mineralölsteuer wird erhöht. Damit steht ein Benzinpreis von Fr. 2.40 an, für Diesel etwas mehr.

Die Folgen liegen auf der Hand: die Hochpreisinsel Schweiz verteuert sich zusätzlich hausgemacht. Das hat auch Auswirkungen auf den Arbeitsplatz.

Die SVP hat bisher als einzige Partei diese Zusammenhänge in die Diskussion gebracht. Für Grün-Links gehören durchgehend höhere Abgaben und Steuern zum Programm. Die Mitte wankt und zeigt sich bereit, solche fallweise zu unterstützen. Wenn die Wahlen 2019 so ausgehen, wie es sich die Medien wünschen, dann wird's mit Mitte-Links in den nächsten Jahren richtig teuer. Wer das nicht will, kann es nur noch verhindern, indem er SVP wählt.



*Thomas Müller, Rorschach
Nationalrat, Stadtpräsident*



*Lukas Reimann, Wil
Nationalrat, Jurist, Präsident AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz)*

Konsequent für den Kanton St. Gallen

Freiheit und Unabhängigkeit: Rahmenabkommen, fremde Richter, EU Anschluss, und Regulierungswut wie in Brüssel: Die Schweiz soll immer enger an die EU angeketten werden. Wohlstand, Arbeitsplätze und die Freiheit der Schweizer Bürger sind dadurch gefährdet. Die treibende Kraft der Schweiz ist seit ihrer Gründung die Freiheit und Selbstbestimmung. Nicht der Staat steht im Mittelpunkt, sondern die Bürger.

Für den Bürger und mit dem Bürger: Wenn demokratische Volksentscheide von Bundesbern bekämpft statt umgesetzt werden, ist dies eine Politik gegen den Bürger. Nur wer den Bürgern vertraut, verdient auch das Vertrauen der Bürger. Dafür setzte ich mich schon immer ein und werde dies auch konsequent weiter machen.

Sicherheit und Zukunft: Ich setzte mich für eine kontrollierte Zuwanderung ohne Belastung der Sozialsysteme ein.

Restriktivere Waffengesetze nützen nur Kriminellen und stellen den gesetzestreuem Bürger unter Generalverdacht. Wir brauchen einen konsequenten Einsatz für die Sicherheit der Bürger der Schweiz. Dafür stehe ich!

Der 36jährige Lukas Reimann setzt sich konsequent, kompetent und mit vollem Einsatz für das Wohl der St. Gallerinnen und St. Galler ein. Dies bedeutet mehr Wohlstand und Freiheit für jeden in seinem Kanton. Er hat noch nie bezahlte Verwaltungsmandate angenommen und verlangt die Offenlegung aller Politikerprivilegien. Als Präsident der AUNS (Aktion für eine unabhängige Schweiz) wehrt er sich gegen einen EU- und Nato-Beitritt der Schweiz. Sein Heimatkanton St. Gallen liegt ihm besonders am Herzen, deswegen setzt sich Lukas Reimann für die Belange und Anliegen der Bürger seines Kantons konsequent im Parlament ein.

Frei und sicher.

- ✔ Zuwanderung begrenzen – keine 10 Millionen Schweiz
- ✔ Für eine freie Schweiz – keine Unterwerfung und Anbindung an die EU
- ✔ Tiefere Steuern und Abgaben für den Mittelstand

Liste 1a wählen

Mehr den Bürgerinnen und Bürgern, weniger dem Staat

Unser Staat wächst und wächst und will immer mehr Aufgaben übernehmen. Um Geld dafür zu bekommen, werden die Bürgerinnen und Bürger, aber auch das Gewerbe, immer mehr zur Kasse gebeten. Jede Bescheinigung und Kontrolle durch den Staat kostet, und mit Lenkungsabgaben will man die Bürger umerziehen. Dem müssen wir einen Riegel schieben.

Zusammen mit Andi und Toni Brunner führe ich den Landgasthof Sonne, das Haus der Freiheit in Ebnat-Kappel. Wir sind ein typischer KMU-Familienbetrieb – die ganze Familie zieht an einem Strick. Unser Ziel ist es, die Gäste glücklich zu machen. Und wir wissen: Bevor wir einen Franken wieder ausgeben können, müssen wir uns diesen zuerst erarbeiten. Wir geben nur so viel aus, wie wir auch auf dem Konto haben. Und wir investieren, schaffen und sichern Arbeitsplätze, damit unser Betrieb für die künftigen Herausforderungen gewappnet ist. Leider werden die KMU-Betriebe in ihren Tätigkeiten immer mehr eingeschränkt und laufend mit neuen Formularen, Umfragen, Kontrollen und dem Bezahlen von Abgaben auf Trab gehalten. Als Gastbetrieb bezahlt man neben den ordentlichen Steuern und der Kurtaxe z.B. auch jährlich eine Abgabe auf jeden Stuhl und jede Matratze. Bevor auch nur ein Kaffee verkauft ist, will der Staat schon Geld! Und der Staat will immer mehr, denn er sucht ständig nach neuen Einnahmequellen, damit er seinen Staatsausbau und neue Aufgaben finanzieren kann. Hier müssen wir endlich einen Riegel schieben. So kann es nicht weiter gehen!

Was Private machen können, sollen Private machen

Der Bund, die Kantone und Gemeinden sollen aufhören, alle Bereiche des Lebens regeln zu wollen. Die Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch die Wirtschaft, brauchen Freiheiten, damit Innovationen entstehen können, damit in Forschung investiert wird und damit sich Arbeiten auch lohnt. Wohlstand und Arbeitsplätze

lassen sich nur erhalten, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Dies bedeutet auch, dass die Staatsaufgaben und -ausgaben reduziert werden. Ich setze mich dafür ein, dass der Staat nicht alles regelt, dass mit gesundem Menschenverstand Lösungen vor Ort gesucht werden, und dass das Miteinander in der Nachbarschaft und in der Familie gefördert wird. Ich setze mich dafür ein, dass sich die KMU in diesem Land vor allem auf ihre Arbeit und ihre Mitarbeitenden konzentrieren können, anstatt die Zeit im Büro hinter Formulare zu verbringen. Und ich wehre mich gegen neue Gebühren, Steuern und Abgaben auf dem Buckel des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung.



Esther Friedli, Ebnat-Kappel
Nationalratskandidatin, Beraterin für politische Kommunikation und Gastronomie

SVP Liste 1a Hauptliste



LUKAS REIMANN (BISHER)

Jahrgang 1982
Wohnort Wil SG
Beruf Jurist, MLaw
Zivilstand ledig
Ämter Nationalrat, Präsident AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz)
Hobbys Jassen, Wandern, Sport



Lukas Reimann hat keine bezahlten Mandate und verzichtet auf den Lobbyfilz.

« Jetzt erst recht: Wir brauchen einen Richtungswechsel für und mit dem Volk statt ohne und gegen das Volk! Demokratische Volksentscheide sind ohne Wenn und Aber umzusetzen. Die Freiheit und Unabhängigkeit sind zu stärken, ein EU-Anschluss zu verhindern! »

www.lukas-reimann.ch www.facebook.com/lukasreimannnationalrat www.instagram.com/lukas_reimann



THOMAS MÜLLER (BISHER)

Jahrgang 1952
Wohnort Rorschach
Beruf Stadtpräsident Rorschach bis Ende 2019, Rechtsanwalt
Zivilstand verheiratet, drei erwachsene Kinder
Ämter Nationalrat, Mitglied der Finanzkommission
Hobbys Reisen



« Als Stadtpräsident von Rorschach weiss ich: Der Missbrauch und die ausufernde Sozialindustrie müssen endlich gestoppt werden. Arbeit muss sich wieder lohnen. Ich setze mich für ein Sozialhilfesystem ein, das den wirklich Bedürftigen hilft! »



ROLAND RINO BÜCHEL (BISHER)

Jahrgang 1965
Wohnort Oberriet
Beruf Sportmanager, Kleinunternehmer
Zivilstand ledig
Ämter Nationalrat, Vorstand SVP Schweiz, SVP-Bundeshausfraktion, SVP St. Gallen, SVP Rheintal, SVP Oberriet und SVP International
Hobbys Wandern, Sprachen, Sport



Sonntägliche Velotour über Grimsel, Furka und Oberalp ins Rheintal.

« Wir müssen unsere Zukunft selber bestimmen. Es tut weh, immer wieder zu sehen, wie viele Parteien und Politiker sich von den Menschen entfernen und demokratisch getroffene Entscheide nicht mehr umsetzen. Die Schweiz ist stark, wenn ihre Bürger frei und unabhängig sind. »

www.rolandbuechel.ch



BARBARA KELLER-INHELDER (BISHER)

Jahrgang 1968
Wohnort Rapperswil-Jona
Beruf Geschäftsführerin / Mitinhaberin Omnia Consulting GmbH
Zivilstand verheiratet, zwei erwachsene Kinder
Ämter Nationalrätin, Vizepräsidentin SVP Kanton St. Gallen, Vizepräsidentin AUNS, Präsidentin Berufsmaturitätskommission, u.a.
Hobbys Betreuung von Jugendlichen in Schwierigkeiten



« Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats kämpfe ich mit meinen Anträgen erfolgreich für verstärkte Grenzkontrollen und für den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität aus dem Ausland, als Präsidentin von KESB-Schutz Schweiz gegen Machtmissbrauch der KESB oder als Mitinitiantin und Motionärin gegen Tierqualprodukte. »

www.keller-inhelder.ch www.facebook.com/barbara.kellerinhelder



Mike unterwegs mit Familienhund Kato.

MIKE EGGER (BISHER)

Jahrgang 1992
Wohnort Berneck
Beruf Fleischfachmann EFZ / Betriebswirtschafter NDS HF
Zivilstand ledig
Ämter Nationalrat, Ehrenpräsident JSVP SG
Hobbys Politik, Judo, Tauchen



« En Buezer für Bern: Ich setze mich für die Aufwertung der Berufsbildung ein, für bezahlbare Krankenkassenprämien und gegen das geplante Rahmenabkommen mit der EU, damit wir weiterhin selbst über unsere Zukunft bestimmen können. »

www.mike-egger.ch www.facebook.com/nationalrat.mike.egger www.instagram.com/m_egger02



URSULA EGLI

Jahrgang 1970
Wohnort Rossrüti
Beruf Bäuerin / dipl. Wirtschaftsfachfrau
Zivilstand verheiratet, vier Kinder
Ämter Kantonsrätin, Stadtparlamentarierin Wil, Präsidentin SVP Stadt Wil
Hobbys Familie, Lesen, Reisen



« Natürlich, bewegt und überzeugt: Nach diesem Motto will ich mich in Bern einsetzen für eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik, für eine produzierende Landwirtschaft. Bewegung will ich in die Themen Abbau von Bürokratie bringen, sowie die zunehmende staatliche Bevormundung und die steigenden Kosten im Gesundheitswesen ins Visier nehmen. »

www.ursulaegli.ch www.facebook.com/ursi.egli.39



WALTER FREUND

Jahrgang 1956
Wohnort Eichberg
Beruf Meisterlandwirt
Zivilstand verheiratet, zwei erwachsene Kinder
Ämter Kantonsrat
Hobbys Skifahren, Wandern



Am SVP-Buuresunntig mit Oldtimertreff in der Laad, Nesslau.

« Ich setze mich für eine produzierende Landwirtschaft und den Schutz des Kulturlandes ein. Neben den gemeinwirtschaftlichen Leistungen sollen alle Betriebe gleichwertig gefördert werden. Arbeit soll sich wieder lohnen, unsere Sozialwerke dürfen nicht geplündert werden. »

www.heiterhof.ch www.fb.com/walter.freund.5



Andi, Esther und Toni führen zusammen das Haus der Freiheit.

ESTHER FRIEDLI

Jahrgang 1977
Wohnort Ebnet-Kappel
Beruf Beraterin für politische Kommunikation, Gastronomie
Zivilstand ledig
Ämter Leitung Sekretariat SVP Kanton St. Gallen
Hobbys Garten, Wandern, Jassen



« Ich setze mich für eine freie und selbstbestimmte Schweiz ein. Dazu gehören der Erhalt unserer Volksrechte, der Neutralität, des Föderalismus, des Milizsystems und der Sozialwerke. Der Staat darf nicht immer mehr wachsen und soll nicht alles regeln. »

www.esther-friedli.ch www.fb.com/estherfriedli.ch www.instagram.com/esther_friedli



WALTER GARTMANN

Jahrgang 1969
Wohnort Mels
Beruf Elektrounternehmer, Rebbauer
Zivilstand verheiratet, vier Kinder
Ämter Kantonsrat, Kantonalpräsident SVP St. Gallen
Hobbys Musikgesellschaft Mels, Schwingen (nur luege)



Im Wingert.

« Damit die Schweiz unsere Schweiz bleibt, ein Erfolgsmodell, um das uns die ganze Welt beneidet. Dazu braucht es fadengerade Politiker, welche nicht für Lobbyisten, Verbände und ihre Wiederwahl politisieren, sondern ihre Wahlversprechen im Parlament konsequent und zum Wohle des Schweizer Volkes umsetzen! »

www.waltergartmann.ch www.instagram.com/waltgartmann



MICHAEL GÖTTE

Jahrgang 1979
Wohnort Tübach
Beruf Gemeindepräsident und Leiter kantonale Politik der IHK St. Gallen-Appenzell
Zivilstand verheiratet, drei Kinder
Ämter Kantonsrat, Fraktionspräsident SVP Kanton St. Gallen
Hobbys Joggen, Langlauf, Skifahren, Wasserski, Biken, Wandern und Reisen



« Mehr Generationengerechtigkeit: Wer die Probleme in der Sozial- und der Gesundheitspolitik sowie in der Altersvorsorge in die Zukunft verschiebt, handelt auf Kosten kommender Generationen. Auch zusätzliche Staatsausgaben sind keine Lösung. Es braucht den Mut zu echten Reformen. »

www.michaelgoette.ch www.fb.com/MichiGoette www.instagram.com/michigoette



Donat Kuratli mit Leo beim Hundetraining.

DONAT KURATLI

Jahrgang 1978
Wohnort St. Gallen
Beruf Forstwart / eidg. dipl. Hauswart
Zivilstand verheiratet, zwei Kinder
Ämter Stadtparlamentarier, Präsident SVP Stadt St. Gallen, Präsident der Werkkommission (WEKO)
Hobbys Familie, unser Hund Leo, Feuerwehr, Guggenmusik, Camping, FCSG anfeuern



« Konsequent für die Schweiz – für Sie: Ich setze mich für unsere Volksrechte, die Unabhängigkeit sowie die Sicherheit der Schweiz ein. Weniger Verstaatlichung, mehr Freiheit für Bürgerinnen und Bürger sowie die Schweizer Unternehmungen. »

www.donat-kuratli.ch www.fb.com/DKNationalratskandidat www.instagram.com/donatkuratli



DÄNU WISLER

Jahrgang 1965
Wohnort Oberhelfenschwil
Beruf Musiker und Buchautor
Zivilstand geschieden, drei Kinder
Ämter Verantwortlicher Necker-taler Alphornmesse und anderer kultureller Projekte
Hobbys Bergsteigen, Klettern, Lesen, Jagen



Dänu Wisler bei einer Lesung.

« Der Erfindergeist näht die Schuhe, mit denen der Freigeist über den Regenbogen spaziert, bis der Kleingeist ein Gesetz dagegen erlässt. Ich mag die beiden ersten. »

www.daenuwisler.ch



«D'Schwiiz isch d'Schwiiz»

Wahlkampfsong der SVP Toggenburg von Dänu Wisler und Band:
www.svp-toggenburg.ch

Kastration der Kreativität

Der Mann schaute mich entgeistert an. Blankes Entsetzen stand ihm ins Gesicht geschrieben, tief sass der Schock: «Wie kannst du als Künstler für eine Partei sein – er meinte die SVP – die so sehr gegen Kultur ist.» Natürlich ist die SVP nicht gegen Kultur, auch wenn sie manchmal kritische Fragen stellt und gerne mal eine andere Sicht aufzeigt. Schliesslich ist Kulturförderung mehr als einfach Geld zu verteilen. «Nun», setzte ich meine Rede zögerlich an, Zeit gewinnend, weil ich noch nicht wusste, wie ich meine 30 Jahre Musikererfahrung in politisch korrekter Kurzform wählerwirksam an den Mann zu bringen hatte. Das einfachste wäre gewesen, einfach über den Rahmenvertrag zu sprechen. Denn das, was durch den als «staatliche Beihilfe» eingeschränkt würde, beträfe natürlich auch kulturelle Einrichtungen, Theater, Klanghäuser und dergleichen, die dann plötzlich nicht mehr nach demokratischen Prozessen auf Kommunal- oder Kantonalebene unterstützt werden könnten. Aus dieser Perspektive heraus gesehen, ist die SVP ja sogar die einzige Partei, die Kulturförderungen erhalten will. Wenn der Mann aber tatsächlich so gebildet war, wie er klang, dann wird er das wissen, dachte ich.

Ich hätte erwähnen können, dass alle Musiker, die ich kenne und die erfolgreich etwas Eigenständiges geschaffen haben, nie institutionell unterstützt worden waren. Sei es ein Polo der kleinen Schweiz, oder ein Dylan oder Knopfler in der grossen Welt. Während dagegen viele, deren Weg mit weichen Geldbündel gepolstert war, zu kaum mehr in der Lage sind, als lediglich das nachzuspielen, was 1000 andere auch schon nachgespielt haben. Offenbar bewirkt die gewisse Härte des Lebens das gewisse Etwas beim Saitenspiel. Dieses Argument schien mir etwas zu sehr gewagt aus Musikersicht.

Wie wäre es mit der Freiheit? Da komme ich jeweils richtig ins Schwärmen. Da halte ich es mit dem guten alten Schöre Müller (Loueneese), der seine philosophischen Exkur-

se gerne mit dem Satz einzuleiten pflegt: «Freiheit ist für mich das höchste Gut!» Für mich ist die Freiheit der Grundstoff der Kreativität.

Etliche Jahre lang wurden meine Songs regelmässig beim SRF gespielt. Dann kam No Billag. Ich spürte den Drang, meine Meinung zu äussern, aber auch den Zwang, zu schweigen. Ich entschied mich für die Freiheit. Denn wenn die damals viel gerühmte kulturelle Vielfalt mit systemischer Gleichschaltung einher gehen muss, ist das nicht Kulturförderung, sondern die Kastration der Kreativität. Es mag Zufall sein, aber seit da existiere ich beim SRF kaum noch.

Der Musiker und Autor Urs Frauchiger verglich die Kultur einmal mit einem Regenwurm. Für viele lästig, aber trotzdem nützlich, weil er den Boden auflockert. Wenn die Kultur zum Staatsdiener wird, das System verdichtet statt auflockert, dann braucht es definitiv mehr unabhängige Würmer und weniger falsche Schlangen.

Ob der Mann, ein gut bezahlter Beamte, solche Gedanken nachvollziehen könnte? Ich wusste es nicht und sprach vom Rahmenvertrag.



Dänu Wisler, Oberhelfenschwil Nationalratskandidat, Musiker und Buchautor

Treffen Sie unsere Nationalratskandidatinnen und -kandidaten an unseren öffentlichen Anlässen und fühlen Sie ihnen auf den Zahn.

September 2019

- Sa, 21. September SVP bi de Lüt mit grossem Risottoplausch beim Rathaus, Berneck, ab 12.00 Uhr
- Sa, 21. September «SVP rockt Gossau» beim Restaurant Togggenburg in Gossau mit «Dänu Wisler und Band» und DJ, ab 19.30 Uhr
- So, 22. September 25 Jahre SVP Werdenberg: Feier auf dem Hof Giger, Sevelen, 10.00-13.00 Uhr
- So, 22. September SVP an der Kilbi Kriessern
- Mi, 25. September SVP am Herbstmarkt Mosnang, 09.00-18.00 Uhr
- Do, 26. September SVP am Jahrmarkt Ebnet-Kappel, 09.00-18.00 Uhr
- Sa, 28. September SVP bi de Lüt auf dem Dorfplatz Schmerikon, ab 11.00 Uhr



Oktober 2019

- Do, 03. Oktober Kinoabend «Wahlkampf – der Film», Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, und Fr, 04. Oktober Wintersberg, Ebnet-Kappel, jeweils um 19.00 Uhr und 21.30 Uhr
- Sa, 05. Oktober SVP bi de Lüt auf dem Kornhausplatz im Zentrum der Stadt St. Gallen, 10.00-14.00 Uhr
- So, 06. Oktober SVP an der Kilbi Oberriet

Alle Termine finden Sie immer aktuell unter www.svp-sg.ch

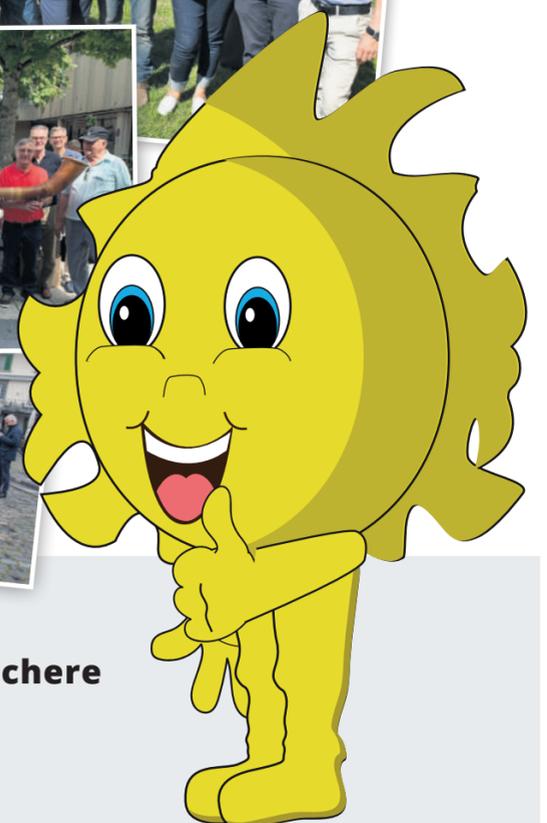
zudem im September und Oktober Piaggio-Tour um den Kanton St. Gallen mit Dänu Wisler und weiteren Kandidatinnen und Kandidaten der SVP



Unterstützen Sie die Arbeit der SVP

Die SVP des Kantons St. Gallen setzt sich mit Herzblut für eine freie und sichere Schweiz ein. Unterstützen Sie unseren Einsatz:

SVP Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen
IBAN CH02 0900 0000 9002 2888 3



Liste 1b: SVP Unternehmerliste

Selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer übernehmen tagtäglich Verantwortung für die Schweiz. Es braucht mehr freie, unternehmerische Persönlichkeiten in Bundesbern. Darum die SVP Unternehmerliste!



Jakob Durscher

Wattwil

Bau- und Projektleiter,
nebenamtlicher Kreisrichter

«Eigenständig und
frei bleiben!»

www.ihrbauberater.ch



Denise Frei Lehmann

Jona

Lebens- und Unternehmens-
beraterin, Buchautorin

«Unsere direkte Demokratie
und unsere Unabhängigkeit
sind nicht verhandelbar.»

www.dfl-personalmotivation.ch



Dieter Frese

Weesen

Restaurateur, Koch

«Weniger Bürokratie,
darum SVP.»

www.fischerstube.weesen.ch



Karl Güntzel

St. Gallen

Rechtsanwalt, Kantonsrat seit
1992 (Kantonsratspräsident
2011/2012)

«Für eine unabhängige
und souveräne Schweiz!»



Gallus Hälg

Gossau

dipl. Treuhandexperte,
Präsident Stadtparlament
Gossau

«Für starke KMU-Betriebe
und weniger Bürokratie.»

www.tb-h.ch



Nico Hermann

Ebnat-Kappel

Unternehmer

«Weniger Gesetze,
mehr Freiheit.»

www.auto-hermann.ch



Niklaus Hinder

Wil

Viehhändler

«Mehr Freiheit,
weniger Staat.»

www.hinder-viehvermarktung.ch



**Hans-Jörg
Langenegger**, Gams

Treuhänder und
Unternehmer

«Als Appenzeller kämpfe
ich für eine starke,
lebenswerte Schweiz.»

www.halati.ch



Ivan Louis

Nesslau

IT-Unternehmer, M.A.HSG,
Kantonsrat (Kantonsrats-
präsident 2017/2018)

«Unternehmertum stärken:
Gründen vereinfachen,
Bürokratie einschränken,
Innovation fördern.»

www.ivanlouis.ch



Roman Rauper

Gams

Geschäftsführer & Managing
Partner, EMBA, Dipl. Ing. FH

«Mehr Wirtschaftsfrei-
heit statt Bürokratie!»

www.rauper.ch



Josef Erwin Wespe

San Ramón, Alajuela,
Costa Rica

Unternehmer

«Nur mit der SVP geht
es politisch vorwärts.»



Matthias Willi

Mels

Treuhänder, Unternehmer

«Vollgas fürs Gwärb!
Schluss mit dem Büro-
kratiewahnsinn!»

www.willi-immobilien.ch

Liste 1c: SVP Seniorenliste

Seniorinnen und Senioren haben sich ein Leben lang für die Schweiz und ihre Institutionen eingesetzt. Auch die ältere Generation braucht ihre Vertreter in Bern. Darum die SVP Seniorenliste!



René Bühler

Schmerikon

stv. Betriebsleiter, Kantonsrat

«Weniger Steuern und Abgaben durch Reduktion des Staatsapparates.»



Nico Egger

Gossau

Gynäkologe, Dr. med.,
Kantonsrat 2000 bis 2012

«Freies Gesundheitswesen – bezahlbare Krankenkassenprämien.»



Ruedi Eilinger

Waldkirch

Koch, Gastwirt, Kantonsrat
2000-2014, Präsident SVP
Ortspartei Waldkirch

«Weniger Gebühren und Abgaben.»

www.rest-sennhof.ch



Hedy Fürer-Ulrich

Bollingen

Bäuerin, Kantonsrätin

«Es braucht wieder ein logisches und weitsichtiges Denken in der Politik.»



Hansueli Hofer

Wattwil

gelernter Landwirt,
ehemaliger Produktionsleiter,
Präsident SVP Wattwil

«Für eine neutrale,
freie und selbstbestimmende Schweiz.»



Mäge Luterbacher

Steinach

Geschäftsführer, Kantonsrat

«Intelligente bürgerliche Öko-Politik.»



Christian Rüegg

Rüeterswil

Landwirt, Kantonsrat,
Gemeinderat 1973-1989

«Aktiver Einsatz für unser schönes Land!»



Dieter Spinner

Berneck

Kaufmann,
Kantonsrat 2000-2012

« 1. Selbstbestimmung - Freiheit,
2. unabhängig - frei,
3. Freiheit - Sicherheit.»



Christian Spoerlé

Ebnat-Kappel

Gemeindepräsident,
ehemaliger Kantonspolizist
Kapo Zürich, Kantonsrat

«Politik geht alle an!»



Markus Straub

Rüthi

Immobilienökonom, Kantonsrat
2000-2016 (Kantonsratspräsident
2015/2016)

«Gegen Zwängerei und politische Erpressung durch Links-Grün und die Medien.»

www.markusstraub.ch



Bruno Stump

Engelburg

Projektleiter,
Kantonsrat 1996-2012

«Kein Rahmenabkommen,
kein EU-Beitritt, damit die Schweiz Schweiz bleibt.»



August Wehrli

Buchs

Schreiner,
Kantonsrat 2008-2015

«SVP für Freiheit und Demokratie.»

Liste 1d: SVP Landliste

Der Kanton St. Gallen hat viele ländliche Gebiete. Diese Regionen benötigen starke Vertreter, damit die Zukunft gesichert wird und der ländliche Raum eine Perspektive hat. Die Schweiz ist uns nicht Wurst. Darum die SVP Landliste!



Fabian Britt

Oberriet

Automobilmechatroniker,
Student Maschinenbauingenieur FH

«Dank dualem Bildungssystem zum Erfolg. Dafür setze ich mich ein.»



Dominic Buechler

Buchs

Projektleiter IT, Wirtschaftsinformatiker HF, Kantonsrat, Präsident SVP Buchs

«Die Schweiz digital modernisieren.»

www.dominic-buechler.ch



Jessica Huldi

Necker

Landwirtin EFZ in Ausbildung

«Bodenständige Frau für Schweizer Tradition und Werte.»



Julius Jordi

Ebnat-Kappel

Landschaftsgärtner, Landwirt, Student Agrotechniker HF

«Ihr Vertreter für den Mittelstand, Familien, Landwirtschaft und gesunde KMU. Bodenständig, umweltbewusst & unternehmerisch!»

www.julius-jordi.ch



Marc Kellenberger

Vilters

Analyst Polizei, Präsident SVP Kreispartei Sarganserland

«Für eine starke und souveräne Schweiz.»



Sabina Revoli

Tübach

Flight Attendant, Präsidentin SVP Kreispartei Rorschach

«Öffentliche Sicherheit, konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer.»



Mirco Rossi

Sevelen

Polymechaniker, Dipl. Tech. HF, Dipl. Betriebswirtschaftler HF, Kantonsrat

«Die Schweiz: Mein Land, meine Heimat.»

www.mircorossi.ch



Swen Roth

Vilters

Landwirt, Präsident SVP Vilters-Wangs

«Für eine nachhaltige Landwirtschaft mit gesunden Nahrungsmitteln.»



Philippe Sinz

Altstätten

Eidg. dipl. Polizist

«Für eine freie und sichere Schweiz.»



Dominic Staub

Ganterschwil

Motorradmechaniker EFZ

«Für Bürger von heute und die Schweiz von morgen.»



Toni Thoma

Andwil

Gemeindepräsident, Unternehmer, Kantonsrat

«Eintreten für Freiheit und Wohlstand!»

www.toni-thoma.ch



Christian Vogel

Dietfurt

Student Rechtswissenschaften, Holzbau-Arbeiter

«Für eine produzierende Landwirtschaft, tiefere Steuern und Abgaben, weniger Bürokratie für KMU und mehr Datenschutz beim Staat.»

So wählen Sie im Kanton St. Gallen richtig!

WICHTIG
NUR EINE
LISTE ABGEBEN



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis



2. Wählen Sie nur EINE SVP-Liste

Trennen Sie EINE SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab. Entweder Liste 1a, Liste 1b, Liste 1c oder Liste 1d. **WICHTIG: NUR EINE LISTE NEHMEN!**



3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie EINE SVP-Nationalratsliste unverändert ins kleine Couvert.



4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Kreuzen Sie auf dem Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten **Roland Rino Büchel** an.



5. Ständeratsliste ins kleine Couvert

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert und verschliessen Sie dieses.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.



8. Abschicken:

Couvert bis spätestens 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 18. Oktober bei der Gemeinde abgeben oder am 20. Oktober an die Urne gehen.

WICHTIG!

- Legen Sie nur EINE Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig! Keine Listen zusammen heften!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Nationalratswahlen

Kanton St. Gallen

Stimmzettel

für die Wahl der 12 st.gallischen Mitglieder des Nationalrates vom 20. Oktober 2019

Liste Nr. **01a** SVP Schweizerische Volkspartei, Hauptliste

01.01	Reimann Lukas , 1982, Jurist, lic.iur., Präsident AUNS, Wil (bisher)
01.02	Müller Thomas , 1952, Stadtpräsident, lic.iur., Rechtsanwalt, Rorschach (bisher)
01.03	Büchel Roland Rino , 1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, Oberriet (bisher)
01.04	Keller-Inhelder Barbara , 1968, Geschäftsführerin, Mitinhaberin, Rapperswil-Jona (bisher)
01.05	Egger Mike , 1992, Fleischfachmann EFZ, Betriebswirtschaftler NDS HF, Projektsupport Direktion, Berneck (bisher)
01.06	Egli-Seliner Ursula , 1970, Bäuerin FA, Dipl. Wirtschaftsfachfrau, Kantonsrätin, Mitglied Stadtparlament, Rossrüti
01.07	Freund Walter , 1956, Meisterlandwirt, Kantonsrat, Eichberg
01.08	Friedli Esther , 1977, Beraterin für politische Kommunikation, lic.rer.soc., Gastronomin, Ebnat-Kappel
01.09	Gartmann Walter , 1969, Elektronunternehmer, Rebbauer, Kantonsrat, Kantonalpräsident SVP St.Gallen, Mels
01.10	Götte Michael , 1979, Gemeindepräsident, Leiter kantonale Politik IHK St.Gallen-Appenzell, Executive MBA FHO, Kantonsrat, Fraktionspräsident SVP Kanton St.Gallen, Tübach
01.11	Kuratli Donat , 1978, Eidg.dipl. Hauswart, Forstwart, Mitglied Stadtparlament, St.Gallen
01.12	Wisler Dänu , 1965, Musiker, Schriftsteller, Religionslehrer, Oberhelfenschwil

Ständeratswahlen

Kanton St. Gallen

Stimmzettel

für die Wahl der 2 st.gallischen Mitglieder des Ständerates vom 20. Oktober 2019 (Amtsdauer 2019-2023)
max. 2

Büchel Roland Rino, 1965, Nationalrat, Sportmanager, Kleinunternehmer, Oberriet (neu)



am 20. Oktober 2019

Roland Rino
BÜCHEL
in den Ständerat

www.svp-sg.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Nationalratswahlen
Wähle SVP! **Liste 1a**